

Danziger



Beitrag

Versprechungs-Anstalt Danzig:
Für Redaction und Expedition Nr. 16.

General-Anzeiger für Danzig sowie die nordöstlichen Provinzen.

Versprechungs-Anstalt für unser
Berliner Bureau: Amt IV. Nr. 391.

Nr. 23015.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. Sie bringt als Sonntagsbeilage die „Danziger Fideles Blätter“ und den „Westpreussischen Land- und Hausfreund“. Das Abonnement beträgt vierteljährlich bei Abholung von der Expedition und den Abholstellen 2 Mk., bei täglich zweimaliger Zustellung durch den Postboten 2,75 Mk. Inzerate kosten für die siebengefaltete gewöhnliche Schriftgröße oder deren Raum 20 Pf. Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Inzerationsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1898.

Der Kaiser und die Handelsverträge.

Ungleich größeren Schwierigkeiten, wie der österr. und italienische, begegnete der russische Handelsvertrag, als die Regierung des Grafen Caprioli an dieses größte Werk seiner staatsmännischen Thätigkeit herantrat. Da war es wieder der Kaiser, der mit ganzer Kraft die Initiative ergriff, um die Schwierigkeiten aus dem Wege zu räumen und Caprioli's Politik die Bahnen zu ebnen.

Der Kampf war in den ersten Monaten des Jahres 1894 auf das heftigste entbrannt. Die Gegner des Vertragswerkes machten die verzweifeltsten, schrulligsten Anstrengungen, um das Werk zu Fall zu bringen. Da ließ der Kaiser persönlich seine Stimme für den Vertrag vernahmen.

Es war am 5. Februar 1894 bei einem Diner des Reichskanzlers, als der Kaiser sehr ernst und eingehend seine Ansicht über die Bedeutung des Vertrages äußerte. Er charakterisierte die Folgen einer Ablehnung des Vertrages in lebhaften Farben und sprach die zuverlässigste Erwartung aus, daß der Patriotismus und das Verantwortlichkeitsbewußtsein dem Reichstage verbieten würden, den Vertrag abzulehnen. Die mit dem Vertrag zusammenhängenden Fragen verlangten gebieterisch eine Lösung. Der Reichstag werde sich ein unvergängliches Denkmal errichten und die dauernde Dankbarkeit des deutschen Volkes erwerben, wenn er, von reiner Vaterlandsliebe getragen, alle Bedenken gegen den Vertrag fallen lasse. Die Annahme des Vertrages bilde ein wesentliches Moment für die Erhaltung des Friedens; die Ablehnung könnte nach der entgegengesetzten Seite wirken. Zugleich würde die Ablehnung die deutsche Regierung als derauf schwach und dem eigenen Lande gegenüber machtlos erscheinen lassen und deren Ansehen in den Augen des Auslandes so sehr herabsetzen, daß die Krone diesen Scherz unmöglich ruhig hinnehmen könnte. Als darauf im Laufe der Unterhaltung der conservative Reichstagspräsident v. Leschhorn bemerkte, daß die Agitation gegen den Vertrag aus der verzweifeltsten Nothlage der Landwirtschaft hervorgegangen sei, betonte der Kaiser um so energischer die politische Nothwendigkeit des Vertrages; er sei der Ueberzeugung, daß der Schutz von 3 1/2 Mk., wie er durch den Vertrag festgelegt werde, in ausreichendem Maße die Landwirtschaft schütze; noch vor 10 Jahren würde man einen solchen hohen Zollschutz selbst in der Mehrzahl der landwirtschaftlichen Kreise für undenkbar erklärt haben.

Nach dem Berichte von einer dritten Seite soll der Kaiser ferner darauf hingewiesen haben, daß man in Rußland nicht überall das Verständnis für die Grenzen der Macht habe, die in Deutschland der Regierung gegenüber dem Parlamente gezogen sind, und daraus die Folgen hergeleitet

haben, welche eine Ablehnung des Handelsvertrages für die Auffassung der leitenden Kreise in Rußland bezüglich der politischen Lage zu Deutschland haben könnten. Trotz aller Würdigung der gegen den Vertrag geltend gemachten Gesichtspunkte hielt der Kaiser sie nicht für so überwiegend, daß ihnen gegenüber eine einmalige erhebliche Verschlechterung der allgemeinen politischen Lage unbeachtet bleiben dürfe; der opferwillige Patriotismus der Landwirtschaft werde hoffentlich auch diesmal der Leistung ihres Handels sein; hinter einer feindseligen Stimmung der Conservativen würde man in Rußland politische Hintergedanken suchen und den Verdacht hegen, daß in maßgebenden Kreisen die Feindseligkeit gegen Rußland den Ausschlag gebe; der Zar würde es gar nicht verstehen können, wie Leute, die bei Hofe ein- und ausgehen und die Uniform des Kaisers tragen, in einer Sache von so weittragender Bedeutung gegen ihn stimmen.

Noch schärfer lautet der erst kürzlich bekannt gewordene Bericht des Herrn Dekonomierath Anderj-Kalgen über diesen Vorgang. Obgleich wir denselben jüngst schon an anderer Stelle abgedruckt haben, wollen wir ihn hier wiederholen.

Herr Anderj berichtet zur Rechtfertigung des Verhaltens des Abg. Grafen Dönhoff-Friedrichstein, Vertreters des Wahlbezirks Königsberg-Land, der im Gegensatz zu den agrarischen Conservativen für den Handelsvertrag gestimmt hat:

Se. Majestät hat sich bei dieser Gelegenheit (eben am 5. Febr. 94) ganz deutlich darüber ausgesprochen, daß er im Falle der Ablehnung des russischen Handelsvertrages keinen anderen Ausweg für möglich halte, als die Entwicklung eines „wirklichen Krieges“; eine Mobilmachung drei Monate nach der Ablehnung des Handelsvertrages sei nach seiner Ansicht die unausbleibliche Folge. In dem Falle aber würde das ganze Land aufstehen und den 160 Agrariern Schuld geben, daß sie nur ihre eigenen Interessen und nicht die des gesammten Vaterlandes zu Rathe gezogen hätten. Se. Majestät meinte, er wolle niemanden beeinflussen, aber er vermähre sich auch ausdrücklich dagegen, daß, falls diese „schlimmen Folgen“ eintreten würden, nicht etwa von irgend einer Seite gesagt werden könnte: solche Möglichkeiten, wie die eines Krieges, habe ja niemand voraussehen können.

Herr Anderj erzählt nun weiter, daß diese Äußerung des Kaisers auf ihn und mehrere seiner politischen Freunde einen „tiefen und maßgebenden“ Eindruck gemacht habe und sie seien nach einer Besprechung zu der Ueberzeugung gekommen, „daß es politisch ein Fehler sein würde, unseren Reichstagsabgeordneten Grafen Dönhoff-Friedrichstein auch ferner noch auf die Ablehnung des russischen Handelsvertrages verpflichtet zu halten“. Als Graf Dönhoff dann in einer Versammlung seinen Wählern den Entschluß, für den Vertrag zu stimmen, mitgeteilt und dabei den Conservativen den Rath gegeben hatte, unter Anerkennung der Verhältnisse sich wenigstens der Abstimmung zu enthalten, fandte ihm der Kaiser einen telegraphischen Glückwunsch für diese Rede mit dem Bemerkens: „Gesprochen wie ein echter Edelmann!“

Das hielt den conservativen Verein in Ostpreußen, der wie alle Conservativen seine Treue für die Person des Königs stets ostentativ auf

den Lippen führt, freilich nicht ab, dem Grafen Dönhoff später seine entschiedene Mißbilligung auszusprechen, und bekanntlich muß der „nur“ conservative Graf Dönhoff sein Mandat gegen den Angriff eines „reinen“ Agrariers, des Grafen Dohna, verteidigen.

Auch auf die übrigen Conservativen blieb das eindringliche Zureden des Kaisers ohne Eindruck. Nur noch ein Abgeordneter von den deutsch-conservativen, außer Dönhoff, nämlich Prinz zu Hohenlohe-Dehringen, und drei Mitglieder der Freiconservativen ließen sich überzeugen und stimmten für den Vertrag, alle anderen Conservativen dagegen. Die entscheidende Abstimmung erfolgte am 10. März. Mit 200 gegen 146 Stimmen siegte die Vertragsfreunde.

Die Ratifikationen des Vertrages wurden am 19. März zwischen dem Staatssecretär v. Marschall und dem russischen Botschafter Grafen Schumalow ausgetauscht, worauf der Vertrag am 20. März in Kraft trat. Mehrere Städte, wie Danzig und Bromberg, legten Flaggen schmuck an, aus vielen anderen Orten kamen Danklagungen an den Reichskanzler und Freiherrn v. Marschall. Der Kaiser sagte dem Oberbürgermeister von Berlin Dank für den Glückwunsch zum 20. März und verlieh hohe Orden an den Reichskanzler, bei dem er persönlich vorfuhr, um ihm zu danken, an v. Marschall, an den russischen Finanzminister Witte und an die russischen Bevollmächtigten.

So war das große Werk gelungen, nicht zum wenigsten dank der energischen Mithilfe des Kaisers, wie dies bekanntlich Graf Caprioli bald nachher in Danzig ausdrückliche bezeugte. Und wie unentwegt der Kaiser bei diesen Principien verharrte, bezeugte er von neuem ein Jahr später auf dem brandenburgischen Provinzial-Landtage, wo er im Hinblick auf den springenden Punkt in der agrarischen Opposition gegen die Handelsvertragspolitik, die Herabsetzung der Getreidezölle, es direct aussprach: „Ich kann es nicht dulden, daß den ärmeren Klassen das Brod vertheuert wird; man kann mir doch nicht zumuthen, Brodmüller zu treiben.“

Seitdem sind freilich Jahre dahingegangen; Graf Caprioli und seine herozergeordneten Mitarbeiter an dem Vertragswerke sind von der Bühne abgetreten. Geblieben ist nur die unverlöbliche Gegnerschaft der conservativen Agrarier gegen die Vertragspolitik, gesteigert ihr Bestreben, diese Politik zu stürzen, um so mehr, je mehr sie inzwischen in der inneren Politik Einzelerfolge errungen haben. Wie zuverlässig, wie unerschütterlich sie auf die Befestigung dieser Verträge hinarbeiten, dafür hat aller Welt ein schlagendes Zeugniß abgelegt der Verlauf des soeben abgehaltenen Parteitages der Conservativen, wo „unter stürmischem Beifall“ die Parole ausgegeben wurde: „Fort mit den famosen Verträgen.“ Geblieben sind aber auch und unausslöschlich eingegraben in die Geschichte der deutschen Wirtschaftspolitik des letzten Jahrzehnts im schwebenden Jahrhundert bleiben die Worte des Kaisers, mit denen er vor sieben und vor vier Jahren dieser Politik ihre Richtung anwies. Seine Interpretationskunst wird sie unjudeutlich vermögen, ganz abgesehen davon, daß gerade von den Conservativen, sonst ja immer so königsstreu Gemüthern, wie man meinen sollte, das Wort beherzigt werden mußte, daß man an des Königs Wort nicht drehen und nicht deuten soll.

des Königreiches Böhmen erst am Hofe zu Stockholm und dann zu Madrid fungirte. Sie hat sowohl am spanischen als auch am spanischen Hofe ihres Vaters Haus repräsentirt, da er Wittmer ist, und daß sie's mit vollendetem Anstand gelan, darüber ist alles einig. Besonders bewundernswürdig war's, daß sie schon zu Stockholm so wohl verstand zu repräsentiren, da sie im Jahre 19, als ihr Vater dahin kam, auch erst neunzehn Jahre alt war. Es kam damals ein Gerücht zu uns herüber, daß König Gustav Adolf im Bann ihrer Schönheit gemessen wäre — doch warum hätte er ihr auch nicht hulbigen sollen?

Wie lange war Prinz Gaborshy in Stockholm? warf der Freiherr ein.

„Fünf Jahre. Dann blieb er zwei Jahre daheim in Prag und ging bis zum Beginn dieses Jahres nach Madrid. Und Christine ist diesen Sommer dreißig geworden“, schloß die Fürstin bedeußsam.

„Dreißig!“ wiederholte Franz Albrecht. „Ich hätte ihr zwanzig Jahre gegeben, nicht mehr!“

„Es ist wahr, sie hat jene frische, welche Schönheit, welche Scherz altert und im Alter noch schön macht“, erwiderte die Fürstin. „Aber sie ist auch eifeshalt und — nun ja, auch ein wenig herlos. An Leuten ohne Herz gehen die Jahre ohne Spur vorüber.“

Es ward nicht weiter über die Prinzessin Gaborshy gesprochen zwischen den Geschwistern. Nachdem er eine Erfrischung genommen und den Staub der Reife von sich geworfen, fuhr der Freiherr nach der kaiserlichen Hofburg und conferirte sowohl mit Herrn v. Questenberg als auch mit des Kaisers Majestät Stunden lang, ehe er ins Palais Gaborshy zurückkehrte, wo ihn die Fürstin nebst ihrer Nichte erwarteten, um allein mit ihr zu Tische zu gehen, denn der Fürst, sein Schwager, besand sich bei der Armee Illigs, des neuen Generalissimus der Kaiserlichen.

„Du blickst so ernst, Franz Albrecht“, bemerkte die Fürstin liebevoll. „Sagst du Unangenehmes in der Hofburg erleben? War der Kaiser ungnädig?“

Diese Königsworte haben auch heute noch ihren gewichtigen Klang und mit ihnen werden diejenigen zu rechnen haben, die heute auf diesem Gebiete das Unterste zu oberst zu kehren sich anschicken. Wir wenigstens möchten noch immer, trotz aller ministeriellen Erklärungen bedenkltester Art, trotz des neuerlichen Aufschwunges der agrarischen Fluth, an der Erwartung festhalten, daß es den Gegnern der Handelsvertragspolitik nicht gelingen wird, über jene programmatischen, principiellen, kaiserlichen Erklärungen hinweg den Reichswagen in Bahnen hineinzudrängen, die allerdings den Ausbruch sich auch gerechtfertigt erscheinen lassen würden.

Hat damals, im Jahre 1894, dem Kaiser nach seinem eigenen Wort die Möglichkeit eines Krieges als Folge eines wirtschaftlichen Krieges vorgeschwebt, um wie viel größer wäre erst diese Gefahr, wenn die zu erneuernden Verträge scheitern und zu einer ganzen Reihe von Zollkriegen führen würden! Wird es wirklich eine Parteigruppe wagen, diese Gefahren herauszufordern? Jedenfalls werden die Wähler bei den nächsten Wahlen sich diese Frage vorzulegen haben und nach dieser Richtung zu allererst die Candidaten ernstlich prüfen müssen, um darnach zu stimmen.

Diesem werden dann die eigentlich Conservativen sein, die festhalten wollen, was wir an Verträgen haben, diejenigen die wahren Vaterlandsfreunde, die das Vaterland vor den Gefahren bewahren wollen, welche eine Zertrümmerung der bisherigen Vertragspolitik mit sich bringt im Innern und nach außen, diejenigen die wahrhaft Königsstreu, die nicht wollen, daß des Königs feierlich-ernste Worte von 1894 und 1891 von Grund aus desavouirt werden in der Geschichte, vor der Mit- und Nachwelt.

Deutschland.

In Berlin, 4. Febr. Am Donnerstag Abend fand im Generalversammlungs-Saale der Börse die ordentliche General-Versammlung des Vereines Berliner Getreide- und Producten-händler statt. Der Vorsitzende eröffnete die zahlreich besuchte Versammlung mit einem Ueberblick über die augenblickliche Situation, in der sich der Berliner Getreidehandel befindet. Er stellte als Ziel auf, daß es nach wie vor Aufgabe der Berliner Getreide- und Producten-händler sein müsse, im Kampfe auszuhalten bis ein Friede sich erringen lasse, der die Ehre des Kaufmannsstandes unangefast lasse, und den Kaufleuten eine gesicherte Basis für ihre wirtschaftlichen Transactionen gewähre. Lebhafter Beifall folgte diesen Ausführungen und es wurden zwei Resolutionen in diesem Sinne angenommen.

* [Prinzregent Luitpold von Baiern] besuchte den König Otto in Fürstentum, um sich persönlich von dessen Zustand zu überzeugen. Man bringt dies mit dem trotz aller Dementis sich hartnäckig behauptenden Gerücht in Verbindung, im Besonderen des Königs sei eine wesentliche Verschlimmerung eingetreten.

* [Herzog Ernst Günther zu Schleswig-Holstein] hat sich von hier zu längerem Aufenthalte nach Aja begeben.

* [Der Centrumsabgeordnete Bachem.] welcher in Folge von Ueberanstrengung den letzten Sitzungen des Reichstages und des Landtages fern bleiben mußte, hat sich auf Anrathen der

„Das Wort wäre zu hart gewählt“, erwiderte der Freiherr. „Aber es ist ja alles angetan in dieser schweren Zeit, einen Ernst zu machen.“

„Ach ja, Gott sei's geklagt“, seufzte die Fürstin und Prinzessin Christine sagte:

„Ich meine, am schwersten ist unsere Zeit für die verbündeten Fürsten. Es mag Manchem hart werden, Farbe zu halten.“

„Das weiß der Himmel“, pflichtete Franz Albrecht bei.

„Wunderbar ist mir nur, daß der Churfürst, Euer Herr, zur Eiga hält“, fuhr die Prinzessin fort und heftete ihre großen, stahlblauen Augen voll auf den Freiherrn. „Ich sollte meinen, die Mehrzahl seiner Unterthanen gehörte auf die Seite der Union. Doch auch der Churfürst von Brandenburg hält sein Schwert in der Scheide und balancirt wie Jener zwischen den Parteien. Ich hoffe diese zukunftsreiche Politik“, schloß sie verächtlich, das schöne Haupt in den Nacken werfend.

„Nun“, entgegnete der Freiherr ruhig, „man ist eben nicht gewöhnt, die Politik mit der Humanität Hand in Hand gehen zu sehen. Ehe Ihr aber die Haltung des Churfürsten verdammt, Prinzessin, wäre es doch gut, erst seine Motive zu prüfen.“

„D. für Fürsten mögen dieselben gut sein, denn die Politik ist eben so unbegreiflich für mich wie die Kunst des Sternendeutens“, entgegnete Christine. „Nur eines begreife ich nicht, daß Ihr Herren da drüben Euch so weislich fern vom Pulverdampf zu halten versteht.“

„Wir stehen unter dem Oberbefehl des Churfürsten und werden loschlagen, sobald derselbe es gebietet“, erwiderte Franz Albrecht unbewegt. „Uebrigens“, fuhr er hinzu, „übrigens hält der Churfürst keinen Jurist, der's nicht erwarten kann, mitzufallen, und hat auch meinen Bruder nicht gehalten, als dieser sich unter Wallenstein's Fahnen stellte.“ (Fortsetzung folgt.)

Feuilleton.

(Nachdruck verboten.)

Die blonden Frauen von Ulmenried.

Eine Familiengeschichte aus vier Jahrhunderten von

13. Eufemia v. Adlerfeld-Balleström.

Der Freiherr Franz Albrecht reiste also nach Wien ab und kam dorthin nach mancherlei Unbequemlichkeiten und Fährlichkeiten an, denn es liegt auf der Hand, daß das Reisen zur Zeit eines Krieges und speciell eines solchen wie des 30jährigen, nicht nur nicht zu den Vergnügungen gehörte, sondern sogar einen guten Theil persönlichen Muthes erforderte. Trotz allen Hindernissen ging aber die Reise gut von statten und in Wien angelangt, stieg der Freiherr bei seiner Gießwieser ab, wie er gewöhnlich zu thun pflegte. Da seine Ankunft überraschend erfolgte, so war auch die Fürstin Gaborshy natürlich nicht darauf vorbereitet und fuhr mit einem lauten Ausruf des Schreckens und der Freude empor, als Franz Albrecht plötzlich unangemeldet in ihr Gemach trat.

„Welch' frohe Ueberraschung!“ rief sie lebhaft und bewegte den Bruder in ihre Arme schließend. „Gag, was führt dich hierher? Und in diesen schrecklichen Zeiten noch dazu!“

„Beschleunigtes Herrn, des Churfürsten“, erwiderte er, lächelnd auf die runde bewegliche Gestalt der Schwester herabschauend, denn obwohl dieselbe mehr als mittelgroß war, so überragte er sie mit seiner ererbten Hingestalt derer von Ulmenried doch um ein gutes Stück und frei erhob sich sein edel gefaltetes Haupt, dessen Antlitz ein dunkler Bart à la Louis XIII. nach der damaligen allgemeinen Sitte schmückte, empor, und ließ ihn eher noch größer erscheinen, als er eigentlich war.

„Also Politik“, erwiderte die Fürstin leuchtend. „Ich möchte wissen, wer diese fürchterliche Kunst erfunden hat, die ich mir ins Pfefferland wünsche!“

Doch verzeh, lieber Bruder, daß ich dich so stehen lasse, ohne eine Stärkung für dich zu befehlen — aber erst laß dich hier meiner lieben Nichte, der Prinzessin Christina Gaborshy vorstellen!“

Beim Eintritt des Freiherrn in das Gemach seiner Schwester hatte sich an deren Seite eine Frauengestalt erhoben, vor welcher sich der Ankömmling nunmehr verneigte — eine tannenschlanke Gestalt in schwarzem Sammet, mit höflichen Genuever Spitzen besetzt, gekleidet, mit goldlichtblonden Federlocken um das entzündende Antlitz, daß sie fast weiß erschienen, mit großen, dunkelbewimperten, stahlblauen Augen, deren etwas kalter Blick in seltsamem Contrast stand mit den weichen, fast kindlichen Zügen und dem Grüdchen in den Wangen. Sie erwiderte den Gruß des Freiherrn mit leichtem Neigen des Hauptes und sagte: „Gefällt, liebe Tante, daß ich es übernehme, Eure Befehle zu ertheilen — Ihr werdet mit Eurem Herrn Bruder zu sprechen haben.“

Und ohne eine Antwort abzuwarten, entfernte sie sich.

„El, Maria, warum habe ich diese Nichte früher niemals bei dir gesehen?“ brach der Freiherr los, als kaum die Thür hinter der Prinzessin zugefallen war.

„Hast du Feuer gefangen, Franz Albrecht?“ fragte die Fürstin lachend, und erster schloß sie hinzu: „Schau dir Christine lieber nicht an — es ist gefährlich für deines Herzens Ruhe und — fruchtlos obendrein. Sie ist ein Bild ohne Gnade.“

„Aber ein zauberschnödes“, erwiderte der Freiherr sinnend.

„Schönheit ist nicht immer ein Glück“, meinte die Fürstin sententiös, „und auch für Christine ward sie, wenn auch nicht zum Fluch, so doch auch nicht zum Segen, obgleich sich Anton Van Dijk und Don Diego Velasquez darum bemüht haben, sie malen zu dürfen und ihre mit einem Korbe heimgebrachten Freier nach Duenden zu zählen sind. Daß du sie übrigens nie bei mir gesehen, hat seinen Grund darin, daß sie stets bei ihrem Vater war, der als Gesandter

serje nach Meran begeben. Man hofft, daß er vor Ablauf der Session an den parlamentarischen Arbeiten sich wieder beteiligen können.

Die Commission des wirthschaftlichen Ausschusses für Landwirthschaft tritt am 15. d. M. gemeinsam mit besonders einberufenen Sachverständigen zur Feststellung der productionstatistischen Fragebogen für Landwirthschaft zusammen.

[Zuckerconferenz.] Der „Magd. Zig.“ zufolge wird sich zur Brüsseler Zuckerconferenz an Stelle der ursprünglich in Aussicht genommenen zwei Vertreter Deutschlands nur der Geheimrath Aueh von Reichsbankamt begeben.

[Zur Organisation der griechischen Finanz-controlen] waren für Deutschland der Berliner Privatdocent für Völkerrecht und internationales Privatrecht, Dr. Wilhelm Kaufmann, sowie der Bankbeamte Rösler von der Regierung nach Athen entsandt worden. Nachdem die internationalen Delegirten ihre Aufgabe gelöst haben, hat sich jetzt Dr. Kaufmann nach Aegypten begeben, während Herr Rösler, der der Nationalbank für Deutschland angehört, nach Berlin zurückgekehrt ist.

[Die Gesamtzahl der akademisch gebildeten Lehrer in Preußen] beläuft sich auf 8002. Darunter sind 541 Directoren, 1915 Professoren, 3979 Oberlehrer, 1260 Hilfslehrer, 166 Probanten, 141 Seminarlehrer; ihrer Confession nach 6320 Evangelische (78,98 Proc.), 1545 Katholiken (19,31 Proc.), 99 Juden (1,22 Proc.), 9 Altkatholiken, 3 Mennoniten, 26 ohne Angabe der Confession. Unter den 541 Directoren befinden sich 438 Evangelische (80,96 Proc.), 101 Katholiken (18,7 Proc.), 2 Juden (0,37 Proc.); unter den 1915 Professoren 1524 Evangelische (79,58 Proc.), 367 Katholiken (19,16 Proc.), 15 Juden (0,78 Proc.), 9 Altkatholiken.

[Posen, 3. Febr.] Der Centralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens, welcher gegenwärtig über 80 000 Mitglieder zählt, veranstaltete heute in dem großen Sternschen Saale eine Centralvereins-Verammlung, in welcher das Vorstandsmittglied Herr Dr. med. Curt Pariser aus Berlin einen Vortrag über das Thema: „Was will — was thut der Centralverein“, hielt. Die zahlreichen Erfolge des Vereins, welche schon erzielt wurden in der kurzen Thätigkeit des Vereins und welche der Redner vortrug, wurden von den zahlreich erschienenen Mitgliedern mit lebhaftem Beifall aufgenommen. In diesem Saal besitzt der Verein 600 Mitglieder. Zu der Versammlung waren auch viele Delegirte aus der Provinz erschienen.

Afrika.

Pretoria, 3. Febr. Der Minen-Inspector der Regierung hat die in der Nähe von Pretoria entdeckte Diamantmine unermüdet besichtigt und berichtet, daß er von der Echtheit der entdeckten Diamanten überzeugt sei. Er habe Diamanten gesehen, die noch im Boden eingebettet waren, deren Bildung derjenigen der Kimberley-Diamanten ähnlich, deren Grundfarbe jedoch braun sei.

Die Präsidentenwahl ist vorüber. Das Ergebniß wird etwa am 14. d. Mts. veröffentlicht werden. (M. I.)

Von der Marine.

Niel, 4. Febr. (Tel.) Die Schulschiffe „Stein“ und „Eisenau“ werden demnächst von der westindischen Station die Heimreise antreten, um einer Grundreparatur, die etwa 10 Monate dauern wird, unterzogen zu werden. Sie werden Ende März durch die Schiffe „Stofsch“ und „Moltke“ ersetzt.

Telegraphischer Specialdienst der Danziger Zeitung.

Abgeordnetenhaus.

□ Berlin, 4. Febr.

Das Abgeordnetenhaus erledigte heute einen Theil des Justizetats.

Abg. Mundel (freil. Volksp.) bringt aus dem Reichs-Marienwerber einen Fall zur Sprache, in welchem ein jüdischer Rechtsanwält nicht als Referendar zugelassen worden sei, weil sein Vater vor 20 Jahren ein Sittlichkeitsverbrechen begangen habe.

Justizminister Schöndert erwidert, der Rechtsanwält sei nicht wegen seines Glaubens zurückgewiesen worden, sondern weil sein Vater ein Sittlichkeitsverbrechen begangen habe, außerdem später wegen Körperverletzung und Hausfriedensbruchs und seine Brüder im Jahre 1891 wegen Diebstahls verurtheilt worden seien. Soviel Mitleid er auch für den Betreffenden habe, so müsse er ihn überall abweisen mit Rücksicht auf die Würde der Justiz.

Abg. Richter beklagt, daß man einem rechtsschaffenden jungen Manne die Verfehlungen seiner Angehörigen entgelten lasse.

Im weiteren Verlaufe der Sitzung wurde eine auf Verminderung des Arbeitspensums der Justizbeamten bezügliche Petition der Regierung als Material überwiesen und ein Vortrag der Abgg. Stephan und Richter auf Ermäßigung derselben abgelehnt; ebenso wurde ein bezüglich einer Petition um Befreiung der Gerichts- und Justizbeamten von der Dienstpflicht der Abgg. Strombeck (Centr.) und Stephan (Centr.) abgelehnt.

Am Montag steht die Fortsetzung der Beratung auf der Tagesordnung.

Berlin, 4. Febr. Der heute dem Abgeordnetenhaus zugegangene Gesetzentwurf, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Beseitigung der Hochwasserbeschädigungen des Sommers 1897 verlangt die Bewilligung einer Summe von fünf Millionen Mark, welche durch eine Anleihe aufzunehmen sind.

Reichstag.

□ Berlin, 4. Februar

Der Reichstag beendete heute bei der Fortsetzung der Beratung des Postetats die allgemeine Debatte, welche sich an den Titel „Gehalt des Staatssecretärs“ geknüpft hatte. Die geforderte Gehaltserhöhung von 6000 Mk. wurde aus den bekannten Gründen gestrichen gegen die

Stimmen der Rechten und die Resolution betreffend die Pachtbeförderung am Sonntag nur bis 12 Uhr angenommen.

In die Discussion, an der sich die Abgg. Singer (Soc.), Tenzmann (freil. Volksp.), v. Levetzow (cons.), Clebermann v. Sonnenberg (Antisem.), Cingens (Centr.), Müller-Fulda (Centr.) und Schmidt-Frankfurt (Soc.) sich betheiligten, griff der Staatssecretär v. Poddelski wiederholt ein. Einen guten Eindruck machte seine Stellungnahme zum Assistentenverbande. Er erklärte, er wolle keinen Mäthyrer schaffen, er werde nur dann gegen denselben vorgehen, wenn seine Mitglieder durch Verletzung der Disciplin den Betrieb schädigten, aber sie sonst gewähren lassen. Es blühe doch in Deutschland die Vereinsmeierei; einen Ober-Postdirector in Darmstadt, der die Zugehörigkeit zum Verbands direct gemißbilligt habe, desavouierte v. Poddelski in aller Form.

Morgen steht die Fortsetzung der Beratung auf der Tagesordnung.

Berlin, 4. Febr. Die Reichstagscommission zur Beratung der Centrumsvorlage gegen die Unsitlichkeit (lex Heinze) hat einstimmig § 181a in abgeänderter Fassung angenommen, wonach „Zuhälter“ mit Gefängniß nicht unter einem Monat zu bestrafen sind; daneben kann auf Verluß der bürgerlichen Ehrenrechte, auf Polizeiaufsicht, eventuell auf Unterbringung in Arbeits-häuser und Landesverweisung erkannt werden. Die Commission lehnte die Heraushebung des Schulalters für Mädchen auf 18 Jahre ab.

Die Wahlprüfungscommission des Reichstages hat die Wahlen der Abgg. Dr. Wetz (nat.-lib.) und Reichmuth (Reichsp.) für den zweiten bairischen bzw. ersten weimarischen Wahlkreis für ungültig erklärt.

Candes-Dekonomie-Collegium.

Berlin, 4. Febr. Als der Kaiser heute Vormittag in der Sitzung des Candes-Dekonomie-Collegiums erschien, wurde er vom Minister Frh. v. Hammerstein, dem Landesdirector Frh. v. Montau und dem Unterstaatssecretär Sternberg begrüßt. Letzterer brachte ein Hoch auf den Monarchen aus.

Auf der Tagesordnung stand: „Der Einfluß des Ausbaues eines Netzes einheimischer Wasserstraßen auf die wirthschaftliche Entwicklung der deutschen Landwirthschaft.“

Referent Ouisbiller Seydel-Elschen begründet einen Antrag, wonach der Kanalbau zu befürworten ist, da die Landwirthschaft an billigen Transportwegen in der Concurrenz mit den Bahnfrachten steigend interessiert sei, nur sei ein erhöhter Zollzuschlag gegen die Vermehrung der ausländischen Importe gleichzeitig nöthig.

Correferent Candesökonomierath Winkelmann begründet einen anderen Antrag, wonach die Landwirthschaft kein erhebliches Interesse an dem Kanalbau habe und denselben nur dann befürworten könne, wenn ausreichende Schutzölle und entsprechend hohe Kanalabgaben eine Erleichterung des Imports der Agrarproducte dauernd verhindern.

v. Mendel-Steinfels (Halle) und Graf Bernstorff-Wehningen schlossen sich den von dem Referenten dargelegten Gesichtspunkten an.

Candes-Vorsteher Danchelmann bekräftigt wärmstens den Kanalbau im Interesse der deutschen Holzproduction und Verdrängung des Holzimports.

Der Kaiser verließ die Versammlung um 12^{1/2} Uhr.

Die Einfuhr amerikanischen Obstes.

Berlin, 4. Febr. Der „Reichsanzeiger“ schreibt: „Die Veröffentlichung des amerikanischen Ackerbaudepartements über die San José-Schildlaus veranlaßte hier eine amtliche Untersuchung der Obsterzeugnisse aus Amerika. Professor Frank fand am 29. Januar auf Birnen, welche aus einer im Hamburger Freihafen eingetroffenen Sendung californischen Obstes herrührten, zahlreiche lebende, vermehrungsfähige Schildläuse. Frank constatirte absolut die Identität derselben mit der echten San José-Schildlaus; er erklärte, daß in Folge dessen der einheimische Obstbau durch den Import amerikanischen Obstes in unmittelbare große Gefahr gebracht ist. Eine Konferenz anderer hervorragender Sachverständigen und Gutachten des kaiserlichen Gesundheitsamtes traten dieser Auffassung in allen Punkten bei. Damit war die Nothwendigkeit scharfener Abwehrmaßregeln vollauf gegeben.“

Der „Reichsanzeiger“ schildert dann im Anschluß an die Publikationen des Washingtoner Ackerbaudepartements die außerordentliche Gefährlichkeit der San José-Schildlaus, sowie die Maßregeln, die die amerikanischen Staaten, besonders Oregon und British Columbia, desbezüglich getroffen haben.

Der „Reichsanzeiger“ fährt fort: „Es ist somit die unabsehbare Pflicht der Regierung, den heimischen Obstbau vor der drohenden Verheerungsgefahr wirksam zu schützen. Daher ist die Einfuhr lebender Pflanzen und frischer Pflanzenabfälle gänzlich, die Einfuhr von Obst und Obstabfällen unter der Voraussetzung verboten, daß bei einer an der Eingangsstelle vorgenommenen Untersuchung der Sendung das Vorhandensein der San José-Schildlaus festgestellt wird.“

Der „Reichsanzeiger“ weist an dem Beispiel der Reblaus auf die Gefahr nicht rechtzeitig ergriffener Schutzmaßregeln hin, während der Coloradoäcker rechtzeitig ferngehalten sei. Das Blatt kündigt Anordnungen an, die im Inlande zur Bekämpfung der Schildlaus getroffen werden sollen, und hofft, daß es somit gelinge, den

deutschen Obstbau, worauf die Existenzbedingungen weiter Volkshreife beruhen, vor dieser Gefahr zu beschützen.

Berlin, 4. Febr. Der Kaiser fuhr gestern Nachmittag beim Reichskanzler Fürsten Hohenlohe vor. Heute hatte er eine Konferenz mit dem Staatssecretär des Auswärtigen v. Bülow und wohnte dann der Sitzung des Landes-Dekonomie-Collegiums im Provinziallandhaus (et. telegraphischen Bericht) bei. An der kaiserlichen Frühstückstafel nahmen heute die Infantin Eulalia von Spanien und die Prinzessin von Orleans Theil. Abends wohnte der Kaiser dem Diner beim Landwirthschaftsminister Freiherrn v. Hammerstein bei.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht heute die vom Bundesrath am 20. Januar beschlossenen Bestimmungen betreffend die Ertheilung amtlicher Auskunft in Zolltarifangelegenheiten, welche am 1. April 1898 in Kraft treten.

Die Kreuzer „Deutschland“ und „Gefion“ sind mit dem Prinzen Heinrich am 1. Februar von Sokotra nach Colombo abgegangen.

Die städtischen Behörden werden der Kaiserin Friedrich am 8. Februar aus Anlaß ihres vor 40 Jahren erfolgten Einzuges in Berlin als Neupermählte eine gemeinsame Adresse überreichen.

München, 4. Febr. Dem Landtage ist die Vereinseignenelle zugegangen. Darnach dürfen volljährige Frauenspersonen an öffentlichen Versammlungen politischen Charakters Theil nehmen. Politische Vereine dürfen mit anderen deutschen Vereinen, ausnahmsweise unter Erlaubniß des Ministeriums auch mit außerdeutschen Vereinen in Verbindung treten.

Danzig, 5. Februar.

[Stadtverordneten-Sitzung am 4. Febr.] Vorsitzender Herr Gleffens; Vertreter des Magistrats die Herren Oberbürgermeister Delbrück, Bürgermeister Trampe, Stadtrathe Loop, Dr. Damas, Fehlbauer, Dr. Ball, Dr. Achermann, Voigt, Weckbach.

Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Vorsitzende Mitteilung von dem Hinscheiden des Ehrenbürgers unserer Stadt, Baurath Lichl. Wenn er auch nicht mehr im Amte war, als er starb, so ist es doch Pflicht der Vertreter der Stadt, ihrer Dankbarkeit hier Ausdruck zu geben. Lichl. habe fast 36 Jahre als Stadtbaurath in Danzig verdienstlich gewirkt. Er war schon Stadtbaurath, als v. Winter Oberbürgermeister wurde, und er hat ihm bei seinen bedeutungsvollen Reformbestrebungen mit treuer Hilfe zur Seite gestanden. Die großen Unternehmungen, deren Seele v. Winter war, hat er mit zur Ausführung gebracht. Es bedarf an dieser Stelle keiner Aufzählung dessen, was er auf dem Gebiete des Bauwesens hier geleistet hat, was während seiner Amtsperiode hier geschaffen ist. Er ist jetzt einem schweren Leiden erlegen. Sein Andenken dankbar zu ehren hat, wie der Vorsitzende constatirt, die Versammlung sich von ihren Plätzen erhoben. Zum Schluß theilte der Vorsitzende noch mit, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag am Garge des Berewigten haben niederlegen lassen und daß die Stadt durch Herrn Stadtrath Ehlers bei dem Begräbniß in Berlin vertreten gewesen sei.

Von dem Protokoll über die Revision des städtischen Leihkassens am 18. Januar nimmt die Versammlung Kenntniß.

Durch Stadtverordnetenbeschuß vom 20. März 1895 wurde der Magistrat ermächtigt, Ermittlungen darüber anzustellen, welche Grundstücke im Stadtbezirk Danzig an die Canalisation, oder nicht an die Wasserleitung angeschlossen sind. Er legt heute eine Liste dieser Grundstücke vor, welche in der inneren Stadt 18 Grundstücke (der Mehrzahl nach Betriebsstätten oder mit solchen verbundene kleine Wohnungen), in Langfuhr 8 Grundstücke aufweist. Darüber, ob dieselben zu einer besonderen Kanalsteuer heranzuziehen seien, entfiel eine ca. einstündige Debatte, die aber mit einem negativen Resultat schloß.

Herr Davidsohn fragt an, was nun weiter geschehen solle, bezüßlichte der Magistrat vielleicht eine Kanalgebühr einführen? — Herr Stadtrath Loop entgegnet, der Magistrat überlasse es der Stadtverordneten-Versammlung, hierüber einen Beschluß zu fassen. Der Magistrat sei der Ansicht, daß es sich nicht empfehlen werde, wegen der wenigen Grundstücke den großen Apparat der Einführung einer besonderen Abgabe in Bewegung zu setzen. Es müßte dazu erst ein Ortsstatut erlassen werden, welches der Genehmigung des Bezirksausschusses unterliege. Die Einnahme würde eine sehr geringfügige sein, die dauernde Controle aber Zeit, Mühe und Kosten verursachen, die in keinem Verhältniß dazu ständen. Deshalb habe der Magistrat von einem Antrage Abstand genommen. — Herr Aarow vermulhet, daß in den letzten drei Jahren, welche seit der Annahme des seiner Zeit von ihm gestellten Antrages verlossen seien, mehrere Grundstücke an die Wasserleitung angeschlossen worden seien, dennoch enthielten noch 146 Wohnräume, 28 Alleen und 2 Badestuben des Anschlusses. Er rechne eine Einnahme von 800–700 Mk. heraus, das sei zwar nicht rauhend, aber das Rechtgefühl zwinge dazu, eine Kanalgebühr zu erheben. Der arme Mann, welcher haum 12 Mk. für eine Wohnung erschwängen könne, müsse noch einen Wasserzins von 1 Mk. bezahlen, der besser stürte Hausbesitzer zahle keine Gebühren. Das Kanalsystem sei theurer als die Wasserleitung und deshalb liege eine Ungerechtigkeit vor, wenn diejenigen, die nicht an die Wasserleitung angeschlossen seien, keine Gebühr für Benutzung der Canalisation bezahlen. Er stelle deshalb den Antrag, der Magistrat wolle das Regulatorium dahin ändern, daß von denjenigen städtischen Grundstücken, welche an die Canalisation, aber nicht an die Wasserleitung angeschlossen seien, eine Kanalgebühr erhoben werde.

Gegen den Antrag Aarow sprach zunächst Herr Sanitätsrath Dr. Semon, welcher daran erinnerte, daß im Jahre 1889 bei der Beratung über die Einführung der Canalisation und Wasserleitung diese Frage bereits sehr eingehend erörtert worden sei. Herr v. Winter sei von dem Grundjah ausgegangen, daß der Anschluß an die Wasserleitung facultativ, der Anschluß an die Canalisation aus sanitären, hygienischen Gründen obligatorisch sein müsse. Die Hausbesitzer würden sich schon durch ihr eigenes Interesse gezwungen sehen, den Anschluß an die Wasserleitung zu suchen. Damals habe sich die Majorität gegen die Einführung einer Kanalgebühr entschieden. Man habe jetzt eine 25-jährige Erfahrung hinter sich, welche die Ansicht des Herrn v. Winter vollauf bestätigt habe. Aus der Nachweisung ersehe man, wie wenige Grundstücke den

Anschluß an die Wasserleitung nicht hätten. — Auch Herr Oberbürgermeister Delbrück sprach sich gegen die Einführung einer Kanalgebühr aus. Die Einnahme würde sich erheblich geringer stellen, als Herr Aarow annehme, nur ca. 400 Mk. betragen, wenn man könne doch höchstens die Hälfte des Wasserzinses als Kanalgebühr erheben. Uebrigens habe die Stadt gar kein Interesse daran, den Anschluß an die Wasserleitung so nachdrücklich zu fordern, es sei nicht einmal so viel Wasser vorhanden, daß im Sommer die gewünschten Sprengungen vorgenommen werden könnten. Auch würden durch die Annahme des Antrages Aarow industrielle Anlagen, welche ihre eigene Wasserversorgung durch Grundbrunnen haben, und gemeinnützige Anstalten, wie Bäder, besonders belastet werden, und das würde, z. B. die Folge haben, daß die Errichtung eines Schwimmbades, welches doch einem dringenden Bedürfnisse entspreche, vielleicht unmöglich gemacht werde. Die Canalisation sei doch nicht im Interesse nur der Hausbesitzer, sondern aus öffentlichen hygienischen Gesichtspunkten eingeführt worden, und deshalb sei es doch nicht angängig, daß man den Anschluß an die Canalisation erschwere. Schließlich habe der Antrag gar keinen materiellen Erfolg, denn die Einnahme und die Kosten würden sich gegenseitig aufwiegen, so daß der Magistrat keine Veranlassung habe, die Einführung einer Kanalgebühr zu befürworten. — Auch Herr Bürgermeister Trampe bekämpfte den Antrag, indem er darauf hinwies, daß der Wasserzins keine Steuer, sondern ein Kaufpreis für geliefertes Wasser sei, und deshalb könne man doch die Gebühr da nicht erheben, wo kein Wasser geliefert werde. Ferner werde es schwierig sein, eine richtige Berechnung da einzuführen, wo man Brunnenwasser und Prangenauer Wasser zu gleicher Zeit verwenden würden. — Herr Stadtrath Loop erinnerte daran, daß die Tiefbrunnen, welche verschiedene Etablissements angelegt haben, von großer Wichtigkeit seien, denn sie bildeten eine sehr nützliche Reserve für Zeiten, wo die Wasserleitung abgesperrt werden müsse. — Herr Berenz schließlich hielt in dem Antrag Aarow eine Ungerechtigkeit. Wenn eine Kanalgebühr eingeführt werden soll, so müßte sie für alle Grundstücke eingeführt werden. Als vor etwa einem Jahrzehnt über die Erhöhung des Wasserzinses berathen wurde, sei eine solche Gebühr auch in Frage gekommen. Nach eingehender Ermägung habe man aber davon Abstand genommen.

Für den Antrag Aarow sprach Herr Davidsohn. Seit 1889 hätten sich die Verhältnisse wesentlich geändert. Wenn auch gegenwärtig die Anzahl der nicht angeschlossenen Grundstücke nicht groß sei, so könne das doch in Zukunft, wenn bei den großen Bauten eigene Brunnen angelegt würden, anders werden. Es seien mit großen Kosten Bohrbohrer behufs Zuführung neuer Wassermengen angelegt worden und es sei zu hoffen, daß wir bald wieder einen Ueberfluß an Wasser haben würden. Herr Aarow erklärte, wenn die Einnahme auch nur 50 Mk. betragen würde, so sei für ihn doch der Rechtsstandpunkt maßgebend. Als f. 3. der Wasserzins von 10 auf 20 Pf. für das Cubikmeter erhöht wurde, hätten verschiedene Herren erklärt, nun nehmen wir kein Wasser mehr. Deshalb sei, um die Stadt vor Verlusten zu schützen, die sich bei den Neubauten noch steigern würden, ein Ausgleich durch die Erhebung von Kanalgebühren nothwendig. — Auch Herr Schmidt hält den Antrag Aarow für gerechtfertigt. Für die großen Bauten in den neuen Straßen hätten die Bauunternehmer Tiefbrunnen zu Baumzwecken angelegt und da habe sich ergeben, daß diese Brunnen ein ganz gutes Wasser gegeben hätten, weshalb die Möglichkeit, daß in den großen Neubauten eigene Brunnen errichtet werden würden, gar nicht so fern liege. Der Antrag sei auch aus dem Grunde richtig, daß derjenige, welcher städtische Anlagen benutze, auch dafür bezahlen müsse. Werde der Antrag angenommen, so würde das vielleicht für manche, der baut, zur Warnung dienen. — Herr Neubauer weist darauf hin, daß die großen Etablissements, welche das Prangenauer Wasser nur zu häuslichen Zwecken benötigen, und das Wasser zu ihren Betrieben ihren Brunnen entnehmen, die Canalisation am meisten in Anspruch nehmen. Außerdem haben sie den großen Vortheil, daß sie die städtische Wasserleitung benutzen können, wenn ihre Anlagen einmal versagen, so daß es gerechtfertigt erscheine, wenn sie zu einer Kanalsteuer herangezogen würden.

Nachdem Herr Oberbürgermeister Delbrück auf eine Anfrage des Herrn Dr. Ciovin eingetreten hatte, daß die ausgiebige Spülung der Closets und Ausgüßröhren durch die Polizeibehörde controlirt werde, nachdem ferner das Verzeichniß der in Rede stehenden Grundstücke näher durchgegangen und darauf hingewiesen war, daß unter den betreffenden Wohnhäusern in Langfuhr mehrere an die Wasserleitung nicht angeschlossen werden könnten, weil für ihre hohe Lage der genügende Druck fehle, wurde über den Antrag Aarow abgestimmt und derselbe mit einigen 20 gegen 17 Stimmen abgelehnt.

Auf Grund der Beschlüsse der Versammlung vom 15. November und 28. December v. J. über die anderweite Regelung der Lehrerbesoldungen hat der Magistrat nun einen Nachtrag zum Schul-Etat pro 1897/98 aufgestellt. Nach denselben sind dem Etat in Einnahme 2466 Mk., in Ausgabe 65 097 Mk. zuzusetzen, wonach der letztere jetzt in Einnahme mit 272 109,50 Mk., in Ausgabe mit 1 041 512,50 Mk. abschließt. Die Deduction des Mehrbedarfs soll, so weit nöthig, dem Betriebsfonds entnommen werden. Der Nachtrag, der nur noch der formellen Sanctionirung durch die Versammlung bedarf, wird nach kurzer Erläuterung durch Herrn Smulrath Dr. Damas genehmigt.

Mit der vom Besitzer gewünschten Vereinigung einer kleinen Landparzelle zu Hofstreich mit der Stadtgemeinde Danzig, ferner mit dem Austausch kleiner Landstücken in Neufahrwasser behufs Straßengeregung, sowie mit dem Austausch von 8 resp. 7 Qu.-Meter und Verkauf von 12 Qu.-Meter Straßenfläche in Petershagen an den Besitzer eines dortigen Grundstücks erklärt die Versammlung sich einverstanden. Eine Fläche von 18 Qu.-Meter des überbrückten Rabauncanal hinter dem Grundstück Holzmarkt Nr. 5 wird für 10 Mk. unter bestimmten Sicherheitsbedingungen an den abjacenten Besitzer Herrn Rohleder abgetreten. Bei dem ersten Punkt hatte Herr Schmidt anfangs Bedenken geäußert, die er aber nach den von den Herren Oberbürgermeister Delbrück und Stadtrath Achermann gegebenen näheren Darlegungen über die Bedeutung dieser Incommunalisirung fallen ließ.

Um die leihige Sachgasse hinterm städtischen Lazareth bis zu dem neuen Festungsthor nebst Brücke für den Verkehr nach Neufahrwasser durchzuführen, ist der Erwerb von Theilen der Gartengrundstücke der Herren Schlitt, Selonke und Hoffmann erforderlich. Von dem Schlittschen Grundstück wird eine Parzelle von 739, von dem Selonkeschen eine solche von 64 und von dem Hoffmannschen von 90 Qu.-Meter für die Straße gebraucht. Da Herr Schlitt 50, Herr Selonke 60 und Herr Hoffmann 75 Mk. pro Qu.-Meter fordert, glaubt der Magistrat im Enteignungsverfahren mäßiger Preise zu erzielen und er beantragt daher, daß die Erwerbung der Grundstücke im Enteignungsverfahren herbeigeführt werde, womit sich die Versammlung ohne Debatte einverstanden erklärt.

Einstimmig genehmigte die Versammlung dann einen Vertrag mit der hiesigen kaiserlichen Werk-nach welcher die Stadt den bisher an den Marine-fiscus für jährlich 720 Mk. verpachteten Pland-

graben denselben für diesen Betrag auch ferner auf 25 Jahre verpachtet und innerhalb dieser Periode auf Wunsch für 20 000 Mk. zu verkaufen sich bereit erklärt.

Für die Herstellung von drei Tiefbrunnen zur besseren Wasserzufuhr von St. Albrecht waren im vorigen Herbst 2250 Mk. bewilligt. Man hat an einer Stelle in 28,45 Meter Tiefe gutes Trinkwasser gefunden und mit einem Aufwande von 1169 Mk. einen Brunnen fertig gestellt. An den anderen beiden Stellen muß dagegen 90 bis 100 Meter tief gebohrt werden, wodurch sich die Kosten für jeden Brunnen auf ca. 2950 Mk. erhöhen. Es werden deshalb noch 4819 Mk. für diese beiden Brunnen nachbewilligt.

Für einen Schülerweiterbildungsbau in Romm wird der Werth des von der Stadt als Patron zu gewährenden Bauhofes mit 46,58 Mk. bewilligt und der Abtönung einer großen Zahl kleiner Grundstücksbeträge durch die Rentenbank zugestimmt.

Auf Vorschlag des Wahlausschusses wählt die Versammlung dann behufs Ergänzung zum Mitgliede des Curatoriums des Münzcabinetes Hrn. Stadtdr. Ciesle, desgl. der Baudeputation Hrn. Stadtdr. Sander, desgl. der Armen- und Curatoriums Hrn. Stadtdr. Bernicke, desgl. der Armen- und Curatoriums Hrn. Stadtdr. Meyer, desgl. der Forst- und Grundbesitz-Deputation Hrn. Stadtdr. Schmidt, desgl. der Entlassungs-Commission die Stadtdr. Herren Lenz und Muscat, desgl. der Commission für die Straßenbahn nach Neufahrwasser Hrn. Stadtdr. Zopp, desgl. der Curatoriums für den Schlacht- und Viehhof Hrn. Stadtdr. Romm, desgl. des Curatoriums der staatlichen Fortbildungs- und Berufsschule Hrn. Stadtdr. Davidsohn.

In nächstfolgender Sitzung wird das Jahresgehalt des Inspectors der Markthalle von 2400 auf 2600 Mk. erhöht, der Anstellung des Militär-Anwärter Blumenau als Bureau-Assistent zugestimmt und schließlich die gewählt zu Mitgliedern der 8. Armen-Commission die Herren Eigenthümer v. Glinski und Kaufmann Ruttowski, der 16. Armen-Commission die Herren Gastwirth Störmer und Tischlermeister Cismann.

* [Die Bernsteinsfrage in der Budgetcommission des Abgeordneten-Hauses.] In der zweiten Sitzung der Budgetcommission des Abgeordneten-Hauses wurde, wie vorgelesen im Abgeordneten-Hause durch den Referenten berichtet ist, auch die Angelegenheit der Bernsteinsfrage erörtert. Der Minister der Landwirtschaft Herr v. Hammerstein theilte, wie wir den Angaben des Referenten entnehmen, mit, daß bis jetzt das Strafverfahren gegen den Geh. Commerzienrath Becker dem Oberstaatsanwalt keinen genügenden Grund gegeben habe, um gegen denselben einzuschreiten. Ebenso habe das Verfahren gegen „Unbekannt“ wegen Bestechung kein Ergebnis gehabt; jedes Verdict habe die Acten eingehend geprüft, aber es habe sich kein Anlaß gefunden, gegen irgend einen Beamten einzuschreiten. Die Regierung beabsichtige übrigens, das ganze Material der Commission zugehen zu lassen, wenn das Verfahren vollständig beendet sei.

Durch die Weitervergabe des Regals sei, wie der Minister in der Commission ausgeführt habe, eine Einnahmeverminderung eingetreten, weil kein Vacuum hätte geschlossen werden können. Eine Erneuerung des Pachtverhältnisses zwischen Herrn Becker habe einen geringeren Pachtpreis ergeben, denn Becker habe die Pacht überhaupt nicht mehr übernehmen wollen. Es frage sich nun, was jetzt zu thun sei. Zwei Wege seien vorgeschlagen: entweder eine Actengesellschaft mit Staatsbeteiligung zu bilden, oder aber seitens der Regierung den Ankauf aller Anlagen und Betriebsmittelungen zu bewerkstelligen. Die Unterhandlungen hieüber seien noch nicht abgeschlossen. Das Material liege zwar vor, aber man sei noch zu keinem Resultat gekommen.

Dem fiscalischen Standpunkt sei die ganze Sache außerordentlich beheblich. Die Beschuldigungen gegen Becker, daß er das gesamte Bernsteinsregal empfindlich geschädigt habe, hätten sich als unbegründet herausgestellt. Der Vertrag mit Becker habe dem Fiskus eine sehr hohe Einnahme garantiert; es sei zu erwägen, welcher Weg nun der beste sei im fiscalischen wie im allgemeinen gewerblichen Interesse. Nach seiner Meinung sei der Ankauf aller Einrichtungen das Beste. Die Regierung habe sich entschlossen, noch in diesen Tagen dem Landtage eine besondere Denkschrift zugehen zu lassen. — Schließlich theilte der Minister noch mit, daß die Pachtverträge Becker sich verpflichtet habe, jeden Augenblick von der Pacht zurückzutreten.

* [Director-Wahl.] Der Aufsichtsrath der Danziger Actien-Brauerei hat gestern Nachmittag in Stelle des noch Braunsberg nachsiedelnden Herrn Reumeyer den Herrn Hans Rabenitz, Buchhalter bei der Danziger Privat-Actien-Bank, zum Director gewählt.

* [Von der Weichsel.] Nach einem gestern Nachmittag eingetroffenen Telegramm aus Warschau betrug daselbst der Wasserstand 3,10 Mtr.

* [Militärkassen.] Der Kaiser hat neuerdings befohlen, daß in allen Militärkassen, in denen Militärverhältnisse der in Betracht kommenden Personen erwähnt werden, der Truppentheil abgeleitet, die Beiträge mitgetheilt von u. f. w. Allgemeine Bezeichnungen, wie „beim Militär“ eingetragene, „bei der Reserve“ oder bei der Landwehr beider, sollen fortan vermieden werden.

* [Patente.] Auf Wunsch ist von der Firma Cerni Dufkowsky u. Sohn in Adnigsberg ein Patent angemeldet worden.

* [Petitionen bei dem Reichstage.] Das soeben veröffentlichte dritte Verzeichniß der bei dem Reichstage eingegangenen Petitionen enthält u. a. ein Gesuch des Herrn Eduard Schim in Elbing, der um die Aufhebung seiner Entmündigung bittet. Die Freisprechung in Danzig und Elbing bittet im Verein mit zahlreichen Innungen anderer Städte um eine Abänderung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe im Handwerks- und Gewerbe. Unter denjenigen Post- und Telegraphen-Unternehmern, welche um Verbesserung ihrer Anstellungs- und Pensionsverhältnisse petitioniren, befinden sich auch die Beamten in Danzig und Elbing. Die Anwaltskammer der Oberlandesgerichtsbezirke Marienwerder und Königsberg bitten um Ablehnung des § 143 des Civilprozeßes, betreffend die Rechtsconsulenten, während der Rechtsconsulenten in Elbing um die Zulassung der Rechtsconsulenten zur Vertretung der Parteien bei den Amtsgerichten petitionirt. Schließlich verlangt die Anwaltskammer des Oberlandesgerichtsbezirkes Marienwerder die Abänderung des Entwurfes einer Militärstrafprozeßordnung bezüglich der Bestimmung über die Zulassung von Rechtsanwältinnen bei den Militärgerichten.

* [Feuer.] Gestern gegen Abend geriet in einem am Werderhagen Aneip 29 gelegenen, augenblicklich leerstehenden Gebäude, der anscheinend zur Zeit von Wegelagerern als Quartier benutzt wird, eine Quantität Stroh und Heu in Brand. Die sofort hinzugerufenen Feuerwehre besiegte das Feuer, das leicht größere Dimensionen hätte annehmen können, in

kurzer Zeit. Der Schuppen, der 40 Meter lang und 14 Meter breit ist, blieb unversehrt.

[Polizeibericht für den 4. Februar.] Verhaftet: 5 Personen, darunter 2 Personen wegen Körperverletzung mit einem Messer, 1 Person wegen Sachbeschädigung, 1 Person wegen Trunkenheit, 3 Obdachlose. — Gefunden: Am 29. December v. J. 1 schwarzer Kragen, Muff und 1 Mütze; am 3. Januar 1 Stiefel Sohlenleder; am 16. Januar 1 brauner Kindermantelkragen; am 5. Januar 1 brauner Winterüberzieher im Cigarrengeschäft des Herrn Wiens am Heumarkt, abgehoben aus dem Fundbureau der hgl. Polizeidirection. Am 28. Januar 1 schwarzer Pelzhagen, abgehoben vom Gerichtsbüro Hrn. Gomuth, Holzgasse Nr. 11 II; 1 schwarze Schürze, abgehoben aus dem Bureau des dritten Polizei-Reviers, Goldschmiedegasse 7; 2 weiße Bettbezüge, abgehoben aus dem Bureau des 7. Polizei-Reviers zu Langhagen. — Verloren: 184,75 Mk. in Gold und Silber, 1 Aoralen-halskette, 1 goldene Brosche, Kette mit weißer Perle, 1 schwarzes Portemonnaie mit 26 Mk., abzugeben im Fundbureau der hgl. Polizeidirection.

Aus der Provinz.

3. Marienwerder, 4. Febr. Die Zuckerfabrik Marienwerder hatte von ihrer Begründung an mit einer Unterbilanz zu kämpfen, die durch einige günstige Jahre — hierzu gehören auch die beiden letzten — zwar etwas herabgemindert wurde, deren gänzliche Tilgung aber nicht gelingen wollte. Hauptgläubigerin der Fabrik ist die Firma Schödlau; da die letztere in jüngster Zeit die Fabrik zur Erfüllung ihrer Verpflichtungen drängte, mußte in einer oder der anderen Art ein Ausweg gesucht werden. Verselbe scheint jetzt gefunden zu sein; die Marienburger Zuckerfabrik ist bereit, die hiesige Fabrik käuflich zu übernehmen, und es wird der bejüngte Vorvertrag — nachdem zunächst mit Schödlau eine Vereinbarung erzielt worden — den beiderseitigen Generalversammlungen zur Genehmigung unterbreitet werden. Vorausichtlich wird in Marienburg der Vertrag glatt angenommen werden, schwieriger liegt die Sache in Marienwerder, wo es noch manche widersprechende Interessen auszugleichen gilt. Hoffentlich wird man sich aber auch hier klar machen, daß bei einer Verwerfung des Vorschlages sich die unermesslichen Verluste noch vergrößern würden. Ein großer Theil des Actienkapitals ist selbstverständlich verloren.

4. Lauscha, 3. Febr. Das Hotel „Kaiserhof“ in der Kaiserstraße hier selbst, für welches der letzte Besitzer, Herr Kahle, 54 000 Mark bezahlt hatte, ist für den Preis von 32 000 Mark in den Besitz des Bierbrauereibesizers Herrn Kollmann übergegangen. — Herr Cantor Cuhomski feierte gestern hier selbst sein 25jähriges Jubiläum als Organist an der St. Jacobikirche und gleichzeitig sein 25jähriges Lehrerbildungs-jubiläum an hiesiger Stadtschule. Nach einer Begrüßung durch die Gemeinde durch Herrn Pfarrer Borchardt in der Kirche wurden dem Jubilar in seiner Behausung durch eine Deputation der Gemeinde Ehrengebilde dargebracht.

5. Roldorf, 3. Febr. Wie der „Rold. Ztg.“ von gut unterrichteter Seite geschrieben wird, sind die Schwierigkeiten, welche dem Bahnbau Roldorf-Rastlin durch die Beschaffenheit des Terrains in unserer nächsten Nähe bisher entgegenstanden, nunmehr beseitigt. Im übrigen ist bereits Anweisung gegeben worden, mit dem Bau in allerhöchster Zeit zu beginnen.

6. Königsberg, 3. Febr. Eine mit einem Bilde gezierter Staatsanwaltschafts Bekanntmachung, wie sie sich gegenwärtig an den Anschlagtafeln unserer Stadt findet, dürfte eine große Seltenheit sein. Es werden darin 300 Mk. Belohnung demjenigen zugesichert, durch dessen Angaben die Ueberführung und Verurtheilung des Mörders des am 22. Oktober v. J. auf einem Waldwege der Försterei Dieblaken erschossenen Förstlers Ramm herbeigeführt wird. Zur Cassation des Gewehrs, aus welchem der tödliche Schuß abgegeben ist, hat nachweislich ein neben der Leiche aufgefundenen Papierpropfen gebietet, der einseitig die anscheinend einem älteren Werke entnommene Abbildung schloßgärtnerischer Anlagen erkennen läßt. Diese Abbildung ist nun in sehr genauer und hübscher Weise auf der Bekanntmachung reproducirt worden. Ein entsprechender Theil der ausgesuchten Belohnung wird auch gezahlt für den Nachweis, woher das Bild stammt oder in wessen Besitz sich das Original vor dem 22. Oktober 1897 befunden hat.

7. Osterode, 3. Febr. Wie dem „B. Tagebl.“ aus Elbing telegraphirt wird, hat Herr Rittergutsbesitzer v. Puttkamer-Bednarek (Kreis Osterode) seinen Wald für 1 350 000 Mark an eine Berliner Firma verkauft.

8. Jordan, 2. Febr. In der Nacht zu heute sind Diebe in die katholische Kirche eingebrochen. Im Innern der Kirche suchten die Diebe nach der Sakristei zu durchbrechen. Sie bohrten die Thür an und suchten das Schloß mit einer Stiefelsäge herauszufinden. Da die Thür aber mit Eisenblech bekleidet ist, stießen sie auf Widerstand. Die Diebe brachen nun den Schloßhaken der Thür aus der Mauer und gelangten auf diese Weise in die Sakristei. Hier haben sie alle Schränke umgeworfen, erbrochen und Meßgewänder, Meßbücher u. f. w. durchgesehen. Die Fenster der Sakristei hatten die Diebe, um sich durch den Lichtschein nicht zu verrathen, mit Meßgewändern verdeckt. Die Diebe haben zwei werthvolle Kreuze und vier werthvolle Leuchter mitgenommen. Dem Hrn. Dehan Schmidt entwendeten die Diebe einen werthvollen Rosenkranz von Perlmutter und Silber, den der Paps geweiht hatte. Schließlich erbrachen die Diebe auch noch das Reliquienbehältniß im Altar und entwendeten die Reliquien.

9. Bromberg, 4. Febr. In ihrer gestrigen Sitzung nahm die Stadtverordneten-Versammlung die Offerte der hgl. Regierung behufs Einrichtung der Fortbildungsschule mit der Einschränkung an, daß die Stadt nicht die Verpflichtung zur Heizung, sondern nur zur Lieferung des Brennmaterials übernimmt und daß die Auswahl des Platzes, den die Stadt herzugeben hat, nach Auffüllung und Prüfung eines Bauprojects vorbehalten bleibt. Darnach giebt die Stadt das Geld zur Errichtung des Gebäudes zu dieser Fortbildungsschule her und der Staat zahlt die Zinsen für das Baukapital mit 4 1/2 Procent, wovon 1 Procent auf Amortisation des Baukapitals kommt. Das neue Schulgebäude wird 11 Classenräume und eine Wohnung für den Rector erhalten.

Landwirthschaftliches.

10. Pest, 3. Febr. Der amtliche Goatsenstandsbericht vom 1. Februar führt aus: Im Januar herrschte meist trockenhafte Witter, gegen Ende des Monats stellten sich kleinere und größere Niederschläge ein, mildes Wetter wurde vorherrschend. Der Herbstanbau steht durchschnittlich befriedigend; eine Ausnahme bilden jedoch jene Gegenden, wo Insecten und Mäuse Schaden verursachten. Der Schneemangel löst Beforgnisse ein, das früh eingetretene Frühjahrswetter erscheint ebenfalls bedenklich. (M. I.)

Bermischtes.

Der Kaiser und der Schlächter.

Ein hübscher Zwischenfall spielte sich, wie eine Berliner Correspondenz berichtet, bei Gelegenheit der jüngsten Rekrutenvorstellung des 1. Garde-Regiments zu Fuß in Potsdam ab: Der Kaiser blieb plötzlich vor dem linken Flügelmann de

10. Compagnie stehen und fragte ihn: „Was bist du denn für ein Landsmann?“ — „Mein Sohn?“ — „Ich bin aus Smidau im Königreich Sachsen, Majestät.“ — „Leben deine Eltern noch?“ — „Ja wohl, mein Vater ist dort Glasermeister, Majestät.“ — „Hast du auch eine Profession gelernt?“ — „Ja wohl, ich bin Schlächter, Majestät.“ — „So! Dann kannst du mir auch wohl sagen, welche Wurst die bessere ist, Cervelatwurst oder Weismur?“ — „Cervelatwurst, Majestät.“ — „Cervelatwurst? Warum denn?“ — „Weil Cervelatwurst aus dem besten Fleische fabricirt wird“, und treuherrig fügte der stramme Rekrut hinzu: „Ich habe sie selbst am liebsten gegessen.“ — Der Kaiser mußte wohl ob dieser Auskunft herzlich lachen; er legte seine rechte Hand auf des Rekruten linke Schulter, schüttelte diese derbe und meinte: „Ja, du verstehst es, von dir kann ich noch was lernen. Erneue auch du und sei ein braver, strammer Soldat! Das waren die Schlächter bisher immer.“

Kleine Mittheilungen.

* [Der Geburtstagsstrauch der Zigeunerin.] Wie man aus Pest meldet, sandte von Chemnitz aus die Frau des Zigeuner-Primas Balogh Laci unserm Kaiser anläßlich seines Geburtstages einen von ihr selbst aus Holzpflanzen angefertigten Strauch, welcher einem natürlichen Blumenstrauch täuschend ähnlich sieht. Die Spenderin, welche ähnliche Kunstwerke schon mehreren regierenden Fürsten widmete, wollte auch dem deutschen Kaiser für dessen sympatische Äußerungen über ungarische Zigeunermusik, die er während seines Pest-Besuches that, auf diese Weise ihre Dankbarkeit ausdrücken.

* [Fräulein Solo Belg.] Die Tochter der bekannten Schriftstellerin in Berlin, unserer geschätzten Mitarbeiterin, hat im Residenz-Theater zu Hannover mit Erfolg gastirt und wird vom Berliner Theater an diese hannoversche Bühne übersiedeln, wo ihr ein größerer Wirkungskreis geboten wird.

Börsen-Depeschen.

Frankfurt, 4. Febr. (Abendbörse.) Oesterreichische Creditactien 306 1/2, Franzosen 236 1/2, Lombarden 72 1/2, ungar. 4 1/2 Goldr. —, italienische 5 1/2 Rente 93,60. — Tendenz: still.

Paris, 4. Febr. (Schluß-Course.) Amort. 3 1/2 Rente 103,52, 3 1/2 Rente —, ungar. 4 1/2 Goldrente —, Franzosen 736, Lombarden —, Türken 22,55. — Tendenz: träge. — Rohkuchen: loco 28 1/4, weißer Zucker per Febr. 31, per März 31 1/4, per Mai-August 32 1/4, per Okt.-Jan. 29 1/4. Tendenz: fest.

London, 4. Febr. (Schluß-Course.) Engl. Consols 112 1/2, 3 1/2 p. Consols —, 4 1/2 p. Consols —, 103 1/2, Türken 22 1/4, 4 1/2 ungar. Goldrente 101 1/4, Aegypten 107 1/2, Pech-Discont 2 1/2, Silber 28 1/4. — Tendenz: ruhig. — Havannaamer Ar. 12 10 1/2, Rübenroh Zucker 9. — Tendenz: fest.

Petersburg, 4. Febr. Wechsel auf London 3 M. 93,95. Remport, 3. Febr. (Tel.) Weizen eröffnete in Folge der gestrigen schwächeren Haltung auch heute kaum stetig mit niedrigeren Preisen, wozu große Ankünfte im Nordwesten und schwächere Abverkäufe viel beitrugen. Massenhafte Käufe führten dann eine vorübergehende Reaction herbei, die aber im späteren Verlaufe in Folge günstiger Ernteberichte aus Argentinien wieder gehoben wurde. Der Schluß war kaum stetig. — Mais konnte sich in Folge der Deckungen der Börsiers, der Käufe für den Export und der Abnahme der Ankünfte gut behaupten. Der Schluß war behauptet.

Remport, 3. Febr. (Schluß-Course.) Geld für Regierungsbonds, Procentfuß 1 1/2, Geld für andere Giebergieiten, Procentfuß 1 1/2, Wechsel auf London (60 Tage) 4,82 1/2, Cable Transfers 4,85 1/2, Wechsel auf Paris (60 Tage) 5,21 1/2, do. auf Berlin (60 Tage) 94 1/2, Attaction, Zopexa und Ganto-Jé-Actien 12 1/2, Canadian Pacific-Actien 87 1/2, Central Pacific-Actien 14 1/2, Chicago, Milwaukee- und St. Paul-Actien 95 1/2, Denver und Rio Grande Preferred 50 1/2, Illinois-Central-Actien 106, Lake Shore Shares 191, Louisville u. Nashville-Actien 59 1/2, Newy, Lake Erie Shares 14 1/2, Remport Centralb. 118 1/2, Northern Pacific Preferred (neue Emission) 67 1/2, Norfolk and Western Preferred (Interimsschuldenschein) 49 1/2, Philadelphia und Reading First Preferred 53 1/2, Union Pacific Actien 35, 4 1/2 Ber. Staaten-Bonds per 1925 128 1/2, Silber-Commerc. Bars 56 1/2. — Tendenz für Geld: leicht. Warenbericht: Baumwolle - Preis in Remport 5 1/2, do. für Lieferung per März 5,74, do. für Lieferung per Mai 5,81, Baumwolle in New-Orleans 5 1/4, Petroleum Stand, white in New York 5,40, do. in Philadelphia 5,35, Petroleum Refined (in Cases) 5,95, do. Credit Balances at Oil Cinn per März 65. — Samatj Wehnen Steam 5,15, do. Kofe u. Brothers 5,37 1/2. — Mais, Tendenz: beh., per Februar 34 1/2, per März 33 1/2, per Juli 34 1/2. — Weizen, Tendenz: kaum stetig, rother Winterweizen loco 102 1/2, Weizen per Februar 100 1/2, per März 101 1/2, per Mai 95 1/2, per Juli 88 1/2. — Getreidefracht nach Liverpool 3 1/4, — Raffer Fair Rio Nr. 7 6 1/2, do. Rio Nr. 7 per März 5,75, do. do. per Mai 5,85. — Mehl, Spring-Wheat clears 3,95. — Zucker 3 1/2. — Sinn 13,90. — Kupfer 11,00.

Chicago, 3. Febr. Weizen, Tendenz: kaum stetig, per Februar 98, per März 94 1/2. — Mais, Tendenz: behauptet, per Februar 27. — Schmalz per Februar 4,87 1/2, per März 4,95. — Speck (short clear) 5,12 1/2, Dorch per Februar 10,10.

Getreide-Einfuhr.

Deutschlands Einfuhr in Getreide und anderen Erzeugnissen des Landbaues war zur Verjorgung

	1897	1898	1899
Lo.	Lo.	Lo.	Lo.
dagegen Ausfuhr	6410 680	8496 561	5120 313
Ueberschuß Einfuhr	639 928	465 405	560 131
Ueberschuß Einfuhr	5775 752	5981 156	4560 182

Von den Hauptgetreidearten:

	Lo.	Lo.	Lo.
Weizen: Einfuhr	1178 988	1652 705	1338 177
Ausfuhr	171 379	75 214	69 910
Ueberschuß Einfuhr	1007 609	1577 491	1268 267
Roggen: Einfuhr	858 831	1030 670	964 802
Ausfuhr	106 434	38 321	35 992
Ueberschuß	750 397	992 349	928 810
Gerste: Einfuhr	1063 514	1028 134	929 008
Ausfuhr	17 224	20 968	49 013
Ueberschuß	1046 290	1007 166	879 995
Hefe: Einfuhr	547 880	495 054	238 724
Ausfuhr	21 362	30 376	51 427
Ueberschuß	526 518	464 678	187 297
Malz: Einfuhr	1268 305	821 350	323 827

Die Ausfuhr ist sämmtlich gegen Einfuhrsehein. Die Abnahme des Einfuhrüberschusses Brodgetreide ist groß. Ist die Ernährung bei den gestiegenen Preisen von Weizen und Roggen in Deutschland eine so viel schlechtere? Die Einfuhr von Gerste, Hafer und besonders Mais hat bedeutend zugenommen. Produciert die deutsche Landwirthschaft so viel mehr Fleisch? Bei den hohen Fleischpreisen dürfte der Consum desselben kaum zugenommen haben.

Bericht über Preise im Aaleinhandel in der städtischen Markthalle

für die Woche vom 29. Januar bis 4. Februar 1899.

Erbsen, gelbe zum Kochen per Kilogr.	0,24
bis 0,28 Mk. Speisebohnen (weiße) per Kilogr.	0,38
0,38 Mk. Erbsen, 0,60 Mk. Hartweizen per 100 Kilogr.	3,60—4,00
Mais, 0,30—0,34 Mk. Roggenmehl, feines per Kilogr.	0,20—0,22
0,22 Mk. Gries von Weizen per Agr. 0,40 Mk. Graupen, feine per Agr. 0,40 Mk. Gröhe, Buchweizen per Kilogr.	0,45
0,45 Mk. Hafer per Agr. 0,38 Mk. Reis per Agr. 0,40—0,70 Mk. Rindfleisch per Kilogr.	2,20—2,40
0,20—2,40 Mk. Rinde, Oberfleisch, Schmalz 1,10—1,20 Mk. Bruch, 1,00—1,10 Mk. Baugfleisch 1—1,10 Mk. Kalbfleisch per Agr.: Reule und Rücken 1,30—2,00 Mk. Bruch 1,10—1,20 Mk. Schulterschnitt und Bauch 1,10 Mk. Hammelfleisch per Agr.: Reule und Rücken 1,20 Mk. Bruch und Bauch 1,10 Mk. Schweinefleisch per Kilogr.: Rücken- und Rippenspeier 1,40 Mk. Schinken 1,20—1,30 Mk. Schulterschnitt und Bauch 1,20—1,30 Mk. Schweinefleisch 1,20—1,60 Mk. Speck, geräuchert, 1,60 Mk. Schinken, geräuchert, 1,60 Mk. Schinken, ausgefärbt, 1,80—2,00 Mk. Butter per Kilogr. 1,60—2,40 Mk. Margarine per Kilogr. 0,78—1,20 Mk. Eier 0,08 Mk. per Stück. Rehiemer 12,00—16,00 Mk. Reheule 6,00—9,00 Mk. Hefe 3,00—3,50 Mk. Truthuhn 7,00—12,00 Mk. Rapaun 1,75—4,50 Mk. Suppenhuhn 1,20—1,50 Mk. Brathuhn 1—1,25 Mk. Gans 4,00—5,00 Mk. Ente 2,00—3,50 Mk. per Stück. 2 Tauben 0,70—1,00 Mk. Mohrrüben, 3 Bunde, 0,10 Mk. Röhrrüben 0,05—0,10 Mk. per Stück. 1 Kopf Savoyerkohl 0,05—0,10 Mk. Citronen 0,10 Mk. per Stück.	

Rohkuchen.

(Privatbericht von Otto Gerike, Danzig.)

Danzig, 4. Febr. Tendenz: stetig. 8,80 Mk. incl. Transito franco Geld.
Nagarsburg, 4. Febr. Mittags 12 Uhr. Tendenz: ruhig. Februar 9,00 Mk., März 9,10 Mk., April 9,20 Mk., Mai 9,30 Mk., August 9,50 Mk., Ohtbr.-Dezember 9,42 1/2 Mk.
Abends 7 Uhr. Tendenz: fest. Febr. 9,07 1/2 Mk., März 9,15 Mk., April 9,25 Mk., Mai 9,35 Mk., August 9,55 Mk., Ohtbr.-Dezember 9,47 1/2 Mk.

Mehlpreise der Bromberger Mühlen vom 4. Februar.

Pro 50 Kilo oder 100 Pfund.
Weizen-Fabrikate: Gries Nr. 1 17,20 Mk., do. Nr. 2 16,20 Mk., Rohlrausmehl 17,40 Mk., Mehl 000 16,40 Mk., Mehl 00 weiß Band 14,00 Mk., Mehl 00 gelb Band 13,80 Mk., Mehl 0 9,60 Mk., Futtermehl 5,40 Mk., Kleie 4,60 Mk.
Roggen-Fabrikate: Mehl 0 12,00 Mk., do. 0/1 11,20 Mk., do. I. 10,60 Mk., do. II. 8,20 Mk., Commis-Mehl 10,20 Mk., Schrot 9,20 Mk., Kleie 4,80 Mk.
Gersten-Fabrikate: Graupe Nr. 1 14,50 Mk., do. Nr. 2 13,00 Mk., do. Nr. 3 12,00 Mk., do. Nr. 4 11,00 Mk., do. Nr. 5 10,50 Mk., do. Nr. 6 10,00 Mk., do. grobe 9,50 Mk., Gröhe Nr. 1 10,00 Mk., do. Nr. 2 9,50 Mk., do. Nr. 3 9,00 Mk., Rohlrausmehl 8,50 Mk. — Futtermehl 5,00 Mk., Buchweizengröhe 1 14,00 Mk., do. II 13,60 Mk.

Kleefamen.

Breslau, 3. Febr. (Gamen-Bericht von Oswald Lübner.) Die Stimmung des lehtsächsischen Gamenien-Marktes blieb fortgesetzt fest. Die Zufuhren in Rottklee sind nicht größer geworden, während die Nachfrage anhielt, so daß sich die Preise wiederum voll auf dem vormerklichen Niveau halten konnten. Weisklee war wieder reichlich, hauptsächlich in mittleren und dunkleren Sorten angeboten, und ist eine Preisbesserung in diesen Artikel noch garnicht abgesehen. Schmelzklee und Gelbklee lagen unverändert still und ohne größeren Umlauf. Munklee mehr beachtet, erzielte für feinste Qualitäten bessere Preise. Seraballa ohne großes Angebot, unverändert fest.

Ich notire und liefere selbst: Provencer Cyprien Originalsaat 60—66 Mk., Rottklee 40—50 Mk., Weisklee 32—50 Mk., Schmelzklee 40—58 Mk., Gelbklee 12—18 Mk., Munklee 32—45 Mk., Incarnathlee 13—18 Mk., englische Rottklee importirtes 15 bis 17 Mk., schlesische Abfaat 9—12 Mk., italienische Rottklee importirtes 14 bis 18 Mk., Himalaee 18 bis 26 Mk., Senf, weißer oder gelber, 11—15 Mk., Delrettig 13—16 Mk., Seraballa 10—12 1/2 Mk. per 50 Kilogr., Lupinen, gelbe, 10—13 Mk., blaue 10—12 Mk., Wicken 13—15 Mk., Pelusischen 13,50—16 Mk., Victoria-Erbsen 19—22 Mk., Pferdebohnen 13—15 Mk. per 100 Kilogr. netto.

Wolle und Baumwolle.

Bremen, 3. Febr. Baumwolle. Ruhig. Upland middl. loco 30 1/4 D.
Liverpool, 3. Febr. Baumwolle. Umlauf 14 000 D., davon für Speculation und Export 500 D. Stetig. Middl. amerh. Lieferungen: Stetig. Februar-März 31 1/4—31 3/4 Käuferpreis, März-April 31 1/4—31 3/4, April-Mai 31 1/4—31 3/4, do. Mai-Juni 31 1/4—31 3/4, Verkäuferpreis, Juni-Juli 31 1/4, Käuferpreis, Juli-August 31 1/4, Verkäuferpreis, August-September 31 1/4—31 1/4, Käuferpreis, September-Oktober 31 1/4, do., Ohtbr.-Novbr. 31 1/4—31 1/4, do., Novbr.-Debr. 31 1/4, d. do.

Eisen.

Glasgow, 3. Febr. (Schluß.) Roh Eisen. Mixed numbers warrants 45 sh. 7 1/2 d. Warrants Middlesborough III. 40 sh. 6 d.

Schiffsliste.

Neufahrwasser, 4. Februar. Wind: SW.
Angekommen: Raja (SD.), Blom, Hamburg (als Ropenhagen), Güter.
Geleitet: Archimedes (SD.), Marchwald, Stettin, Güter. — Stadt Peer (SD.), Jäger, Stolpmünde, Röhlen.
Nichts in Sicht.

Fremde.

Hotel Monopol. Rühfeld a. Kiel, Capitän. Hecht a. Kiel, Capitän. Fr. Adhler a. Gmeh. Westhof a. Stolp, Fabrikant. Dr. phil. Schult a. Berlin. Wegner a. Berlin, Fabrikant. Buchfelder a. Aachen, Fabrikant. Reuffer a. Gullenstein, königl. Oberförster. Adhler a. Gmeh. Bärmald a. Berlin. Strolche a. Berlin. Marzlen a. Berlin. Kaufmann a. Monheim. Beer a. Königsberg. Cagerpuld a. Berlin. Kaufleute.
Hotel Monopol. Jores a. Josen, Ingenieur. Niedlich a. Mitlem. Rittergut besitzer. Radelow a. Gem. aus Rühn, Rittergut besitzer. Rine a. Gem. aus Gerdin, Rittergut besitzer. Stabow a. Ornauf, Güterbesitzer. Wendler a. Leipzig. Wernecker. Glone a. Bilschlagwerder, Pfarrer. Heine aus Bulchau. Landwirth Schwarz a. Berlin. Bildhauer. Bulnermacher a. Berlin. Dögel a. Berlin. Fröhlich a. Emmerich. v. Hoff a. Berlin. Kaufleute.

Meteorologische Beobachtungen in Danzig.

Zeit	Barom. Stand mm	Therm. Celsius.	Wind und Wetter.
3 4	738,3	+ 6,0	WSW, klar; trübe bewölkt.
8	741,1	„ 1,8	WS, leiser Zug; bed. bewölkt.
12	739,4	„ 0,9	WS, still; bed. Schneefall.

Beantwortet für den pottischen Theil, Seilfaden und Vermessung Dr. B. Gernmann. — Den lokalen und provinziellen, Handels-, Marine- und den übrigen redactionellen Theil, sowie den Anzeigen- und A. Klein, beide in Danzig.

Edler & Kricke, Hannover Gegr. 1856.
Geschieht-Verlag. — Buch- u. Steindruckerei.
Zweigniederlassungen in Berlin und London.
Niederlagen in allen Städten Deutschlands.
Specialität: Briefbogen, Facturen, Adresskarten in hoch. Lithographie. • Reichhaltige Muster.

